

Eine neue Solidarität in einem neuen historischen Umfeld

Über 70 AktivistInnen und VertreterInnen von Nicht-Regierungsorganisationen, Komitees und Städtepartnerschaften aus der ganzen Schweiz fanden sich in Biel am zweiten Maiwochenende anlässlich eines nationalen Seminars zum Zwecke der Debatte über Gegenwart und Zukunft der Solidarität mit Zentralamerika zusammen. Der folgende Beitrag von Sergio Ferrari (Servicio de Prensa UNITE) erschien nach dem Treffen in Biel im *Correos de Centroamerica 122/00* (Übersetzung José Oggier).

Das Seminar, das erste seiner Art in den letzten Jahren, wurde von der *Städtepartnerschaft Biel-San Marcos* und vom *Zentralamerika-Sekretariat (ZAS)* einberufen. Es nahmen daran VertreterInnen verschiedener Komitees und Vereinigungen teil, die sich zugunsten der mittelamerikanischen Länder und Chiapas engagieren, so zum Beispiel die *Central Sanitaire Suisse (CSS)*, die Freiwilligen-Plattform *UNITÉ* oder *Aiuto Medico per Centroamerica (AMCA)*. Ebenso waren Führungsmitglieder der *Städtepartnerschaften Bern-Achuapa* und *Delémont-La Trinidad* zugegen sowie eine Delegation des *Ökumenischen Büros in München*.

Als speziell Geladene nahmen aus Nicaragua Julio López, Leiter der *Fundación Popol-Na* und Promotor der *Izquierda Sandinista* (politische Strömung im Frente Sandinista), und aus El Salvador der Ökonom Salvador Arias, Leiter der *Fundación para el Desarrollo Económico y Social de Centroamérica (FUNDESCA)*, teil. Arias ist zu gleich Mitglied der *Politischen Kommission des Frente Farabundo Martí (FMLN)*, welcher anlässlich der letzten Parlaments- und Gemeindewahlen zur stärksten politischen Kraft El Salvadors avancierte.

Ein anderer Planet: Einige Bemerkungen

Die Reflexion über Gegenwart und Zukunft der Solidarität im Allgemeinen und der Solidarität mit Zentralamerika im Besonderen setzt gewisse grundlegende Bemerkungen voraus, ausgehend von der Feststellung, dass sich die gegenwärtige Konjunktur fundamental von jener der siebziger und achtziger Jahre unterscheidet, als jene Region eine explosive Zeit durchlebte, in welche die Geburtsstunde der sich heute in einer Krise befindende Solidaritätsbewegung fiel.

Dieser neue historische Kontext ist gekennzeichnet durch das Ende der "Entwicklungsexperimente" und der Regime der Doktrin der nationalen Sicherheit in Lateinamerika, welche durch kontradiktorische "demokratisch-formale" Verhandlungsprozesse nach den Diktaturen der siebziger Jahre oder bewaffneten Konflikte verdrängt wurden.

Auf internationalem Terrain ist eine tiefe Krise der "Entwicklungszusammenarbeit" wahrnehmbar - ein Rückgang an Geldern und Ideen -, die fortschreitende Schwächung der "Humanitären Hilfe" und die Neuskizzierung der neuen, globalisierenden und hegemonialisierenden Konzeption, begründet auf einer neuen militärischen Logik, welche mit der Operation

"Wüstensturm" ihren Anfang nahm und im Kosovo-Krieg ihre fertigen Konturen erhielt.

In diesem Bezugsrahmen erscheint es als offensichtlich, dass das hegemoniale sozio-ökonomische Modell der Gegenwart für die Mehrheit der Bevölkerung sowohl im Süden als auch im Norden als unannehmbar gilt. Es genügt in Erinnerung zu rufen, dass die drei reichsten Milliardenäre der Welt über ein Vermögen verfügen, welches dem jährlichen Einkommen der 45 ärmsten Länder entspricht, dass die Mehrheit auf unserem Planeten heute schlechter lebt als noch vor 15 Jahren und dass sich weite Regionen inhumanen Überlebensbedingungen ausgesetzt sehen. So weist die Bevölkerung Sierra Leones eine Lebenserwartung von 26 Jahren auf, jene Malawis von 29, Zambias von 30 Jahren.

Trotzdem löst die Globalisierung des Kapitals und des Marktes - auf dialektische Art - andere Formen weltweiter Vernetzung aus. So im Bereich der Kommunikation, gewisser Technologien und Informationswege, welche die Möglichkeiten der alternativen Vorschläge und weltumspannenden Netze vervielfachen.

Diese Dynamik wird durch eine neue Realität genährt: Der schwierigste Moment der Krise anderen Denkens und der Solidarität des Endes des Kalten Krieges ist überwunden, die durch den Fall der Berliner Mauer geprägt war, und - auf Ebene der Solidarität - in verstärktem Ausmass durch die sandinistische Wahlniederlage 1990, welche den Bruch mit der Utopie einer anderen Macht vorneweg nahm.

Dieser neue "Gemütszustand", ausgelöst nach der indigen-zapatistischen Explosion zu Beginn des Jahres 1994, hat die Doktrin vom "Ende der Geschichte" Schach gesetzt und stimuliert eine neue alternative Fähigkeit zu denken und zu träumen.

Im Norden wie im Süden haben sich in den letzten Jahren neue organisatorische Ausdrucksformen und soziale AkteurInnen herausgebildet. In Lateinamerika nimmt beispielsweise die indigene Bewegung bedeutenden Raum ein, von Chiapas bis ins argentinische und chilenische Patagonien, von Tagen des Aufstandes im Januar in Ecuador bis zu jenen im April in Bolivien. Die Stärke der Landlosenbewegung MST und weiterer nationaler Organisationen in Brasilien (wie zum Beispiel der *Zentrale der Volksbewegungen*) schält sich als neuer wichtiger Bezugspunkt

hinsichtlich der Organisation heraus, einschliesslich für die Bewegungen im Norden.

Nicht vergessen werden darf der Ausbruch von Mobilisierungen nahezu allgemeinen Charakters an verschiedenen Punkten des lateinamerikanischen Kontinentes: die Mobilisierungen der argentinischen DozentInnen, der ArbeiterInnen im Gesundheitswesen in zahlreichen Ländern der Region und die unterschiedlichsten Manifestationen gegen die Privatisierungen, welche selbst - historisch betrachtet - schlummernde Länder wie Costa Rica erfasst.

Im Norden ist parallel dazu eine eigentliche Explosion neuer Bewegungen auszumachen wie *ATTAC*, die Weltaktion der Völker, das *Forum Anti Davos*, die *Erklärung von Bangkok* und die tausend Organisationen gegen die Ausenverschuldung, worunter viele, die im Rahmen von *Jubilee 2000* ihre Wurzeln haben, aber heute ihre ursprüngliche ideologische Begrenzung überwunden haben.

Gleiches gilt für die sich zusammenfindende Anti-WTO-Bewegung, die ihre erste Schlacht gegen das *MAI-Abkommen* 1998 und 1999 führte und sich während der überraschenden Mobilisierung in Seattle im Dezember vergangenen Jahres zu einem neuen Phänomen des Protestes gewandelt hat. Die Partizipation neuer Gruppen Jugendlicher an zahlreichen dieser Manifestationen und Strukturen ist eine neue Erscheinung spezieller Bedeutung.

In diesem Kontext - um damit die Feststellungen, welche den Rahmen für die Analyse der zukünftigen Möglichkeiten und Perspektiven bilden, abzuschliessen - stechen zwei grundlegende Elemente für das Verständnis der aktuellen Situation der Solidaritätsbewegung heraus:

Einerseits die Auswirkungen der internen Krise der ehemaligen zentralamerikanischen Avantgarde, welche der Informationsarbeit, der breiten Sensibilisierung (des europäischen Zielpublikums) und der Solidarität über Tausende von Kilometern nicht förderlich sind.

Andererseits die fortschreitende Schwächung der Solidaritätsbewegung mit Zentralamerika - sei es auf schweizerischer oder europäischer Ebene -, was im Verlust an Mobilisierungskraft und den organisatorischen Einbussen abzulesen ist. So sind in den vergangenen Jahren Hunderte von Solidaritätskomitees verschwunden und es mangelt an neuer "Sauerstoffzufuhr". - Der Preis einer Krise mit viel konzeptioneller Untätigkeit und noch mehr selbstmörderischem bequemem Verharren bei "traditionellen Formen" der Solidarität, ohne eine Grundsatzdebatte über die unab-

dingbare Neuschaffung und -definition der neuen, zukünftigen Solidarität.

Die momentane Explosion der Post-Mitch-Solidarität (Ende 1998 und 1999) zeichnete sich mehr durch eine quantitative (Hilfeleistungen) als eine qualitative Note (Überdenken der Essenz) aus. Die geschrumpfte Solidaritätsbewegung blieb auf die Ebene der Förderung und Ausführung humanitärer Entwicklungs- und Wiederaufbauprojekten beschränkt. Der ursprüngliche Versuch dieser Bewegung, die gesamte Zusammenarbeit von Staat und traditionellen NGOs in Richtung kritischerer Positionen zu lenken, brachte keinen bedeutenden Ertrag. Eher blieb die Bewegung an der Ausführung von Initiativen kleben, die zwar gut gemeint, aber der traditionellen Zusammenarbeit völlig angepasst und mit ihr vergleichbar waren.

Eine Zukunft voller Herausforderungen: Hypothesen

Die Neuschaffung oder Neuformulierung eines Vorschlags der Solidarität mit Zentralamerika konfrontiert die schweizerische Bewegung mit einer grundlegenden Überlegung hinsichtlich des Konzeptes, dem Sinn, der PartnerInnen und VermittlerInnen sowie der Erfahrungen.

Wiederholungen oder Schlendrian aus Untätigkeit können in dieser Etappe zum schlimmsten Feind der unabdingbaren kreativen Neuerfindung werden. Daraus abgeleitet folgen einige Hypothesen, welche als Annahmen betreffend einiger möglicher und zukünftiger Aspekte dienen sollen.

Angesichts der Explosion der neuen AkteurInnen sowie BürgerInnen- und Volksbewegungen, sowohl im Norden wie im Süden, muss sich jegliche Art zukünftiger Solidarität mit diesen neuen lebhaften Manifestationen in Verbindung setzen, sich mit ihnen liieren. Die traditionelle Solidarität ist ermattet und leidet unter einer ernsthaften Krise hinsichtlich Konzepten, angepasster Organisationsformen und Vernetzung.

Ein Nicht-Aufgreifen in diesem Sinne droht einer Art "operativer Schizophrenie" vieler Militanter der Solidarität Vorschub zu leisten, welche geteilte Rollen in anderen Bewegungen einnehmen, aber ohne eigenes Konzept und dementsprechend mit geschwächtem Einfluss auf ihre Aktion.

Viele Militante und Gruppen haben die Solidarität mit Zentralamerika bereits verlassen, um sich anderen Engagements zuzuwenden, welche sie für adäquater, aktueller oder breiter halten, ohne auf die notwendige Neuformulierung der Solidaritätsbewegung von innen heraus zu setzen. Diese Zeichen deuten darauf hin, dass sich die Bewe-

gung einer grundlegenden Herausforderung gegenüber sieht: Entweder erfährt die Ausrichtung der Solidarität mit Zentralamerika eine Neukonzeptualisierung oder es besteht die Gefahr eines langsamen Todes durch Trockenlegung.

Mit Blick auf den globalen Kontext und die Vernetzung, innerhalb derer sich die neuen Formen der BürgerInnenbewegung des Nordens entwickeln, muss festgehalten werden, dass sich die Länder- und Regionensolidarität in dieser Dynamik nicht widerspiegelt. Bedeutender als der nationale oder regionale Rahmen sind in dieser Phase zwei zentrale Aspekte: Der Typ der PartnerInnen oder VermittlerInnen, mit denen die neue Solidarität, die Konzepte und Themen formuliert werden. Angesichts der "konsequenten Delegitimierung" des neoliberalen und Globalisierungskonzeptes als zentrale Aufgabe der Gegenwart, stellt die Vereinbarung über Themen mit wichtigen VermittlerInnen eine Rückversicherung für die treffende Schwerpunktsetzung und langfristige einer solidarischen Option dar.

In diesem Sinne ist es von entscheidender Bedeutung, den eigentlichen Sinn der neuen Solidarität zu definieren. Einerseits als horizontale Übung, welche jegliche Art von Übertragung oder Paternalismus (weder von Zentralamerika/Süden nach Norden, noch vom Norden nach Zentralamerika/Süden) abwendet. Andererseits soll die Solidarität als integrierende und globale Aktivität verstanden werden, die sowohl den AkteurInnen des Nordens wie des Südens einen Nutzen bringt. Auf einem globali-

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

sierten Planeten führt der zentrale Sinn jeglicher Solidarität richtigerweise über die Globalisierung einer neuen Beziehung der weltweiten Kräfte, indem sich die AkteurInnen und VermittlerInnen des Nordens und Südens auf rationale Weise durch ihr jeweiliges Engagement ergänzen.

Aus dieser Sicht birgt der Rückzug in eine vorwiegend (oder ausschliesslich) lokal ausgerichtete Solidarität, wie sie von den Städtepartnerschaften in den vergangenen Jahrzehnten im besten Stile praktiziert wurde, gewisse Risiken in sich, sofern die grundlegenden Konzepte, welche den Sinn einer neuen Solidarität definieren und präzisieren, nicht auf diese Ebene überführt werden. Jede Leere an strategischen Inhalten wird eine Vereinigung, eine Gruppe, ein Komitee, eine Städtepartnerschaft zu einer unumkehrbaren konzeptuellen Verkümmerng verurteilen, was mit dem Risiko verbunden ist, den Fortbestand der Folklore, menschlicher Nähe, Freundschaft, Philanthropie oder einfach der Trägheit zu verdanken.

Klärung der Herausforderung: Szenarien

Es gibt tausend Möglichkeiten. Die zwei Hauptszenarien für die nächsten

fünf Jahre basieren auf der Variante, ein bisschen mehr dessen zu machen, was bisher gemacht wurde - einschliesslich kosmetischer Reformen -, oder eine neue konzeptuelle und operative Form festzulegen, die unterschiedliche Definitionen beinhalten kann.

Die Notwendigkeit des Wachstums, der Ausbreitung solidarischer Beziehungen mit den dynamischsten und kohärentesten AkteurInnen der sozialen Bewegung Lateinamerikas kann als Vorschlag für eine Debatte dienen. Wenngleich das Risiko besteht, sich zu verzetteln und Realitäten zu integrieren, welche der Solidaritätsbewegung mit Zentralamerika weniger vertraut sind, so ist die Notwendigkeit der Globalisierung unserer eigenen Wahrnehmung der historischen Phase, die jener Kontinent durchlebt, ebenso gewiss. Weshalb sollen La Trinidad, Achuapa oder der FSLN auf mehr Solidarität zählen können als die Siedlungen der Landlosenbewegung MST in Pará (Brasilien) oder die Nationale Konföderation der Indigenen in Ecuador, welche die Protestbewegung im Andenland anführt?

Ebenso wichtig ist das Ziel, die Präsenz der Solidaritätsbewegung - mit dem enormen Erfahrungsschatz, der einen echten "Mehrwert" darstellt -, in jenen

Netzen zu stärken, die sich im Norden vermehrt und in den letzten Jahren die wichtigsten oppositionellen Antworten hervorgebracht haben. Sich nicht innerhalb dieser Dynamik zu befinden, schwächt nicht nur die zentralamerikanische Solidarität, sondern konfrontiert sie mit einem konzeptuellen Widersinn.

Wenngleich nicht völlig neu, so ist es wichtig, in Ergänzung dazu, Gedanken darüber anzustellen, wie der Ansatz einer neuen Solidarität in "natürliche" soziale Räume einzubringen ist. Handle es sich dabei um KonsumentInnenorganisationen, die sich für einen gerechteren Handel einsetzen, gewisse NGOs, Bäuerinnen- und Bauernorganisationen, Gewerkschaften oder auch Initiativen, die sich durch eine Regelmässigkeit auszeichnen, wie die 1. Mai-Komitees oder Vorbereitungsgruppen internationaler Ereignisse wie zum Beispiel des Alternativen Sozialgipfels.

Es sind dies Szenarien, die nicht beabsichtigen, die kreativen und unlimitierten Fähigkeiten des Volkes und der BürgerInnen auszuschöpfen. Aber sie zeigen wahrscheinliche zukünftige Aktionslinien der Solidarität auf, die, unter dem Dilemma von Leben oder Tod, darauf wartet, dringend neukonzeptualisiert zu werden.

Wer sind die 'Patrioten Pro Armee'?

Guatemala, 21. Juli. In einem in der Tageszeitung *Siglo XXI* erschienenen, bezahlten Inserat wurden erneut versteckte und direkte Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen, JournalistInnen und OppositionspolitikerInnen ausgesprochen.

Im Inserat, das von einer Gruppe unterzeichnet wurde, die sich 'Patrioten Pro Armee' nennt, werden Menschenrechtsguppierungen als "vom Ausland finanzierte, Druck ausübende Splittergruppen", deren Ziel es sei, "unsere Armee" zu zerstören, bezeichnet.

Weiter wird ein nicht genannter Journalist, bei dem es sich aber offensichtlich um José Rubén Zamora, dem Herausgeber der Tageszeitung *El Periódico* handelt, bedroht. Zamora erhielt kürzlich eine internationale JournalistInnenauszeichnung und wurde zum "Held der Pressefreiheit" ernannt. Die 'Patrioten Pro Armee' bezeichneten in ihrem Inserat diese Auszeichnung als "lächerlich", da sie "von einer Jury verliehen wurde, in der sieben Unbekannte, darunter ein Südafrikaner, ein Russe und ein Chinese sitzen". Weiter bezeichneten sie die Artikel Zamora's als Diffamie und ihn selber als Lügner, der einzig den Interessen seiner ausländischen Geld-

geberInnen gehorche.

Damit bezog sich die anonyme Gruppe auf einen kürzlich in *El Periódico* publizierten Artikel, in dem Beweise erbracht werden, dass Mitglieder der Armee mit Autos herumfahren, die in den USA gestohlen wurden.

Zamora wehrte sich gegen diese Angriffe: Er habe sich nie direkt gegen das Militär als Institution ausgesprochen, sondern gegen die 'faulen Äpfel' innerhalb der Armee, die eine zwar kleine, aber mächtige Gruppe bildeten.

Zamora arbeitete selber von 1989 bis 1996 bei *Siglo XXI*, musste dann aber wegen Drohungen gegen ihn und andere MitarbeiterInnen diese Tageszeitung verlassen. Eine Zeit lang lebte er im Exil. Auch heute noch werde er vom Geheimdienst überwacht, meinte der Journalist. In einem offenen Brief fordert er die 'Patrioten Pro Armee' auf, aus der Anonymität herauszutreten, mit 'Männlichkeit' zu ihrer Meinung zu stehen und versprach ihnen, diese unzensuriert in *El Periódico* zu veröffentlichen.

Die im Inserat der 'Patrioten Pro Armee' verwendeten Begriffe wie z.B. "die kommunistische Invasion", "die linken Mörder und Entführer, die anstatt im Gefängnis im Kongress sitzen", "die

tiefen moralischen und religiösen Wurzeln und der Geist der Freiheit, die in unserem Land herrschen", entlarven sich selber. Menschenrechtsorganisationen warnen jedoch davor, solche Angriffe und Drohungen auf die leichte Schulter zu nehmen.

Laut Ricardo Rosales, Abgeordneter der linken *Allianz Neue Nation* (ANN), bedeuten diese Art Drohungen ein Rückschritt in vergangen geglaubte Zeiten. Damit würden nicht nur demokratische, revolutionäre und Volkskräfte verunsichert, sondern der ganze Demokratisierungsprozess, um den so lange gekämpft wurde, behindert.

Für die *Versammlung der Zivilgesellschaft* (ASC), ist es bedenklich, dass vier Jahre nach Unterzeichnung der Friedensabkommen, Gruppierungen wie die 'Patrioten Pro Armee' sich unter dem Deckmantel der Anonymität noch frei äussern können.

Sowohl Rosales wie die ASC sind sich einig, dass etwas gegen das Klima der Unsicherheit unternommen werden muss und fordern die Regierung auf, Untersuchungen gegen die Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen ExponentInnen der Volks- und Menschenrechtsbewegung einzuleiten.

"Jede Meinungsumfrage ist relativ.."

Guatemala, 17. Juli. Ein halbes Jahr Regierung Portillo: Zeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Zwei von drei Guatemalteken (65%) sprachen sich laut einer von *Vox Latina* im Auftrag der drei wichtigsten Tageszeitungen durchgeführten Umfrage gegen die Regierung Präsident Portillos aus. Auch der Kongress erhielt für seine Arbeit der letzten sechs Monate schlechte Noten.

Auf die Frage, wer in Guatemala das Sagen habe, antworteten 32% der insgesamt 1210 befragten Personen mit: Kongresspräsident Ríos Montt. 26% sehen in Präsident Portillo den Tonangebenden und nur 4% sehen im Militär noch die führende Kraft.

Auf die Frage nach den Wahlversprechen Portillos wurde an erster Stelle die Garantierung der Sicherheit genannt (32%), danach kam die Verbesserung der ökonomischen Situation (11%), Regierbarkeit (10%) und Lohnerhöhung (5%). Einzig 2% erinnerten sich daran, dass Portillo die Aufklärung des Falls Gerardi versprach. 31% der befragten Personen erinnerten sich an gar keines der Wahlversprechen mehr...

Die Ergebnisse der Umfrage sind weiter nicht erstaunlich, wenn wir uns an die zahlreichen politischen Skandale erinnern, die sich Portillo in den letzten sechs Monaten geleistet hat. Seit dem ersten Tag seiner Regierungszeit hat sich Portillo Feinde geschaffen: Das Militär, durch die Ernennung eines Oberst als Verteidigungsminister; die Presse, durch die Absetzung des Fernsehmagazins *Tomas de Noche*; die Privatwirtschaft mit der Gehaltserhöhung und der Zuckerpreiserhöhung.

Weiter haben die Ausschreitungen wegen der Preiserhöhungen im Transportwesen, die der Kontrolle Portillos völlig entglitten sind, einen starken Prestigeverlust für ihn bedeutet. Mit der oft willkürlichen Absetzung oder Auswechslung von MinisterInnen kann er nicht über die Mängel in seiner Führung hinwegtäuschen. Auch die internen Machtkämpfe der Regierungspartei schwächen immer mehr die Position Portillos und beeinflussen die Arbeit des Kongresses, der Ministerien und der verschiedenen Regierungskommissionen. So verkommen die simpelsten Kongressgeschäfte oft zu einem verbitterten Kräftemessen zwischen den Anhängern Portillos und den Gefolgsleuten Ríos Montt's.

Entsprechend ist es Portillo denn auch nicht möglich, seine 'grossen' Projekte und Wahlversprechen durch- bzw. umzusetzen, wie z.B. das Regierbarkeitsabkommen, einen Sicherheitsplan oder die mit den Friedensabkommen zusammenhängenden Gesetzesänderungen.

Verschiedene Persönlichkeiten und Organisationen haben anlässlich der ersten sechs Monate der Regierungszeit Portillos ebenfalls eine erste Bilanz gezogen:

Der ehemalige General Otto Pérez Molina meinte, der Administration Portillo fehle es an drei grundlegenden Elementen: Qualifiziertes Personal, ein nationales Projekt an dem alle gemeinsam arbeiten und einer Führungsperson, die Vertrauen einflösst und mit den verschiedenen Interessengruppen verhandeln kann.

Alfonso Bauer (ANN) spricht von

einer Unregierbarkeit, ausgelöst durch das Sicherheitsproblem, der Krise im Sozialwesen und dem mangelnden Willen der Regierung, die sozialen Probleme zu lösen. Auch er kritisierte, dass Portillo Leute in wichtige Positionen gesetzt hat, nicht wegen ihrer Fähigkeiten, sondern weil er ihnen einen Gefallen schuldet.

Der Ex-Präsidentschaftskandidat der ANN und scharfe Kritiker Portillos, Alvaro Colom, beschreibt die ersten sechs Monate Portillos bildhaft: Es käme ihm vor, als sei Portillo in ein Boot gestiegen, habe das Ruder übernommen und jetzt, nach sechs Monaten suche er den Kompass. In einem Interview spricht Colom von einer Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, von einem Mangel an Organisation und Koordination innerhalb der Regierung und von internen Machtkämpfen zwischen dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Kongresspräsidenten.

Als positiv bewertet Colom die Entwicklungen im Erziehungswesen, die Ernennung Edgar Gutiérrez' als Leiter des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE) und die positiven Initiativen, die trotz ihrer Jugendlichkeit (!), von der Präsidentengattin, Evelyn Portillo ausgegangen seien.

Präsident Portillo selber bezeichnet seinen Regierungsstil als *regular*, was soviel bedeutet wie 'gewöhnlich'.

Ríos Montt, auf die Ergebnisse der Umfrage von *Vox Latina* angesprochen, meinte: "Die Resultate jeder Meinungsumfrage sind relativ. Wenn ich wirklich derjenige wäre, der regieren würde, sähe die Sache ganz anders aus."

Auflösung der Sozialfonds

Guatemala, 28. Juli. Nun ist es soweit: Auf Drängen internationaler Finanzinstitutionen (u.a. der Weltbank in ihrem dritten Bericht über die Einhaltung der Friedensabkommen im Februar dieses Jahres) werden zehn der insgesamt vierzehn Sozialfonds aufgelöst bzw. in die verbleibenden vier integriert.

Aristides Crespo, Direktor des *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ), erläuterte die neue Aufteilung der Sozialfonds, gültig ab 2001: FONAPAZ ist zuständig für den Bau von Schulen, Gemeindezentren, Sportplätzen sowie für den kommunalen Wohnungsbau.

Der *Fonds für soziale Investition* (FIS) kümmert sich um Elektrifizierung, Wasserversorgung, Bau von Latrinen, Einrichtung von Gesundheitszentren und produktive Projekte.

Der *Solidaritätsfonds* fördert Projekte der *Consejos de Desarrollo* und das *Sekretariat für soziale Entwicklung* (SEDESOL) ist für urbanen Wohnungsbau zuständig und für die Förderung der familiären Ökonomie durch den Unterhalt der staatlich subventionierten Geschäfte für Basisprodukte (COPO).

Der *Nationale Fonds für Wohnungsbau* (FOGUA VI) wird aufgeteilt zwischen FONAPAZ und SEDESOL, alle ändern, wie z.B. der *Indigene Entwicklungsfonds*, werden aufgelöst.

Das einzige, noch ungeklärte Detail ist laut Crespo die Verteilung der Gelder an die verbleibenden Fonds.

Diese Strukturanpassung stösst auf Kritik, nicht zuletzt bei der Regierungspartei FRG. Ríos Montt setzt sich für die Beibehaltung des *Indigenen Ent-*

wicklungsfonds ein; es sei nicht der richtige Moment für eine Schliessung der Fonds, da dadurch die begonnenen Arbeiten zunichte gemacht würden. Die *Unionisten* kritisieren, dass die vier verbleibenden Fonds in Zukunft frei über Millionensummen verfügen werden.

Gegen die Auflösung des *Fonds für Wohnungsbau* protestiert die *Vereinigung der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA). Die Friedensabkommen würden explizit eine Stärkung dieses Fonds empfehlen und von seiner Schliessung seien 1,5 Millionen Menschen betroffen, die in prekären Wohnverhältnissen leben, erklärte William Mazariegos von FREPOGUA. Die Organisation hat Präsident Portillo gebeten, die Entscheidung nochmals zu überdenken.

Justizsystem im Umbruch

Guatemala, 28. Juli. Die Anzeigen gegen FunktionärInnen des Justizwesens wegen Korruption häufen sich. Laut der lokalen Presse gehen durchschnittlich über 110 Beschwerden im Monat aus der Bevölkerung ein. Die *Direktion des Gerichtswesens* (SGT) sah sich daher gezwungen, eine Liste derjenigen Richter aufzustellen, welche sich bis März dieses Jahres am meisten Beschwerden eingehandelt hatten. Zur selben Zeit gab der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) bekannt, dass er die Akten derjenigen Richter untersuche, deren Fünfjahresverträge auslaufen würden.

Als Konsequenz davon gab der Präsident des CSJ, José Rolando Quezada Fernández, am 14. Juni die Absetzung von achtzehn Straf-, Zivil- und FamilienrichterInnen bekannt, die nicht nur ihre Dienstzeit absolviert hatten, sondern auch in den Rapporten der SGT aufgetaucht sind. Anstelle der abgesetzten RichterInnen würden AbgängerInnen der *Schule für juristische Studien* für diese Posten eingesetzt.

Die abgesetzten RichterInnen bezeichneten das Vorgehen des CSJ als willkürlich und reichten Rekurs dagegen ein.

Ein weiteres Problem, mit dem das guatemaltekeische Justizsystem konfrontiert ist, ist der Mangel an Zivilgerichten. Um diesem Problem zu begegnen, wurde das private *Zentrum für Urteile, Schlichtung und Schiedspruch* (CDCA) gegründet, dessen Entscheidungsgewalt derjenigen eines Zivilrichters gleich ist. Behandelt werden Fälle, die das Zivilgesetz betreffen, wie Ehe- und Familienstreitigkeiten. Die legale Grundlage dieses Zentrums beruht auf einem Dekret des Kongresses aus dem Jahre 1995.

Für Fälle wie Entführung, Autodiebstahl, Bankraub oder Drogenhandel wurden in Quetzaltenango und Chiquimula spezielle Instanzen eingerichtet, die seit Mitte Juli funktionieren. Von dieser Massnahme verspricht sich der CSJ einerseits eine bessere juristische Kontrolle dieser Art Vergehen sowie eine Beschleunigung der Prozessführung.

Am 21. Juli reichte der Oberste Gerichtshof (CSJ) eine Gesetzesinitiative ein, die die Stärkung der Friedensgerichte und die Schaffung mobiler Gerichte vorsieht. Mit der Schaffung von mobilen Gerichten, die auch in die abgelegensten Gemeinden reisen sollen, will CSJ-Präsident einen Schritt Richtung Umsetzung der Friedensabkommen machen. Den 300 existierenden Friedensgerichte sollen grössere Befugnisse zugestanden werden. Problematisch an dieser Massnahme ist jedoch, dass Friedensrichter

oft eine nicht sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung geniessen.

Dies beweisen die Fälle der beiden Friedensrichter Carlos Raúl Cuéllar und Virgilio Monterroso, die ihre Versetzung aus San Carlos Alzate, Jalapa bzw. aus Cajolá, Quetzaltenango, beantragt haben. Cuéllar behauptet, Opfer von Todesdrohungen und Einschüchterungsversuchen zu sein. Er führt die Hetze gegen seine Person auf die Ausstellung eines Haftbefehls gegen die Verdächtigen eines Massakers an einer örtlichen Familie zurück.

Monterroso hingegen schiebt Ex-Guerilleros die Schuld an seinem Rücktritt zu. Er sei durch Gemeidemitglieder von Cajolá zum Rücktritt gezwungen worden und erklärte das Dorf als unregerbar, er sei bereits der zweite Richter,

der vertrieben worden sei. Er behauptete, die Gruppe, die seinen Rücktritt verlangt habe, sei von 60 Demobilisierten der Guerilla aufgehetzt worden. Sie hätten sogar die Absicht gehabt, ihn zu lynchen. Für Monterroso gäbe es keine Entschuldigung, er habe ihre Sprache gesprochen, und das Gewohnheitsrecht angewandt, aber diese Leute würden weder Gesetz noch Regierung akzeptieren, führte er aus.

Grund für den Unbill der Bevölkerung war, dass Monterroso die nationale Zivilpolizei (PNC) aufforderte, bei einem Bewohner des Dorfes eine Hausdurchsuchung wegen illegalen Waffenbesitzes zu veranlassen.

Der CSJ veranlasste die vorübergehende Schliessung des Gerichtsbüros von Cajolá.

Transvestiten ermordet

Guatemala, 19. Juli. *Amnesty International* und die Organisation zur *Förderung einer integralen Sexualität im Zeitalter von AIDS* (OASIS) äusseren sich besorgt über die Ermordung von zwei Transvestiten in der Hauptstadt. In beiden Fällen konnten die Täter entkommen.

Beide waren Mitglieder von OASIS, ihre Ermordung gehört laut der Organisation zu einer Serie von Angriffen auf Angehörige sexueller Minderheiten, die 1997 begonnen hat und Teil der laufenden 'sozialen Säuberung' sind. Im Verlaufe dieses Jahres wurden bereits vier Transvestiten ermordet, andere sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen.

Vor einigen Wochen, bei einer Demonstration anlässlich des *Christofer Street Day*, dem *Internationalen Tag der Homosexuellen*, sprach OASIS von einem machistischen Klima, das zulasse, dass Schwule diskriminiert und ermordet werden. Als ersten, transzendentalen Schritt dagegen müsse die Bevölkerung sensibilisiert werden.

OASIS ruft die sexuellen Minderheiten in Guatemala dazu auf, sich als Gruppe zusammenzuschliessen und gemeinsam an der Stärkung der Zivilgesellschaft mitzuarbeiten. Die internationalen Organisationen ruft OASIS dazu auf, für die Anerkennung der Rechte der Homosexuellen zu kämpfen.

Schrittweiser Abzug von MINUGUA

Guatemala, 16. Juli. Die unterzeichnenden Parteien der Friedensabkommen und die UNO sind sich einig darüber, dass die *UNO-Mission für Guatemala* MINUGUA nicht ewig im Land bleiben kann. Anlässlich eines Besuchs bei der UNO in New York haben URNG und die guatemaltekeische Regierung über einen schrittweisen Rückzug der Organisation diskutiert. Bis zum Jahr 2002 sollen die Funktionen und die Grösse der Mission abgebaut werden, andere Institutionen der UNO sollen danach einzelne der Mandate von MINUGUA weiterführen. Der genaue Zeitplan des Rückzuges soll noch vor der nächsten UNO-Generalversammlung im September festgelegt werden.

Laut Arnoldo Noriega, Vertreter der

URNG bei den Gesprächen in New York, sind sich alle Beteiligten klar darüber, dass die Präsenz der Mission nicht endlos sein kann. Die aktuelle Etappe läuft im Dezember ab. Noriega glaubt aber, dass sich MINUGUA noch mindestens ein Jahr lang in Guatemala halten muss, schon, damit ein Rückzug sorgfältig geplant werden kann. Einen verfrühten Rückzug sieht er als kontraproduktiv, meinte er. Die technische Assistenz sowie die Informationsverbreitung könne delegiert werden, viel schwieriger sei es mit der Überwachungsfunktion.

Seit der überraschenden Versetzung des bisherigen Chefs von MINUGUA, Jean Arnault, hat der Uruguayer Juan Pablo Corlazoli interimistisch die Leitung der Mission übernommen.

Transportproblem weiterhin ungelöst

Guatemala, 27. Juli. Eine erneute Krise im öffentlichen Busverkehr der Hauptstadt bahnt sich an: Die *Vereinigung der städtischen Busunternehmer* (AEAU) drohten mit einem weiteren Streik, falls die Regierung nicht bereit sei, ihnen solange den Busbetrieb zu subventionieren, bis eine Lösung des Transportproblems in Aussicht sei.

Die *Multisektorielle Kommission*, die nach den Ausschreitungen im Mai gegründet wurde, um eine umfassende Lösung des Verkehrsproblems zu suchen, gab einer privaten Firma den Auftrag, eine Studie über die Kosten des hauptstädtischen Busverkehrs zu machen. Bevor die Ergebnisse dieser Untersuchung bekannt sind, ist die Kommission nicht bereit, über eine mögliche Subventionierung zu diskutieren, erklär-

te Jorge Santos von der *StudentInnenvereinigung* (AEU).

Santos wirft der *Vereinigung der Busunternehmer* ausserdem vor, die Diskussion innerhalb der *Multisektoriellen Kommission* zu blockieren. Die Unternehmer wollten einzig über Tarife und Subventionen diskutieren und seien nicht bereit, eine längerfristige Lösung zu suchen, kritisierte er.

Ebenfalls spricht sich Santos gegen das Angebot Portillos aus, dem Busbetrieb vorübergehend eine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Mit diesem Angebot torpediere die Regierung die Bemühungen der Kommission. Verschiedene Kongressabgeordnete sind sich einig, dass ein Eingreifen des Staates notwendig ist, um zu verhindern, dass die Busunternehmer ihre Streikdrohung

wahrmachen. Als Rache bezeichnete auch der Bürgermeister Fritz García-Gallont die Streikdrohung und ordnete die Intervention der Busbetriebe an.

Auf der anderen Seite droht die *Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration* (BCIE) damit, der Gemeindeverwaltung der Hauptstadt den Kredithahn zuzudrehen. Die BCIE fordert die Rückzahlung eines Kredites von 25 Millionen Quetzales (ca. 3,2 Millionen US-\$), den sie der Gemeinde für den Kauf von 800 Autobussen gewährt hatte. Die Schuldner wiederum sind die Busunternehmer, die die Rückzahlung ihrer Darlehen an eine Preiserhöhung der Bustarife binden.

Für die Gemeinde steht ein weiterer Kredit über 33 Millionen auf dem Spiel, um den sie die BCIE angefragt hat.

Studie über Adoptionen

Guatemala, 29. Juli. Eine von UNICEF und der *Präsidentenkommission für Menschenrechte* (COPREDEH) durchgeführte Studie mit dem Titel "*Adoptionen und die Rechte der Kinder in Guatemala*", kommt zum Ergebnis, dass Guatemala das lateinamerikanische Land mit den meisten internationalen Kinderadoptionen ist. In einem weltweiten Vergleich steht Guatemala nur hinter Russland, China und Südkorea zurück.

Rund 200 guatemaltekeische AnwältInnen beschäftigen sich ausschliesslich mit der Abwicklung von Adoptionsformalitäten, was ein lukratives Geschäft ist. Der durchschnittliche Preis für ein Adoptivkind beträgt 23'000 US-\$, wovon etwa 15'000 \$ für den oder die AnwältIn abfallen. Entsprechend fliessen jährlich etwa 25 Millionen US-\$ durch Adoptionen ins Land. Eine wichtige Rolle bei den Adoptionen spielt auch die Polizei, die durch gefälschte Protokolle oder Aussagen den AnwältInnen in die Hände arbeitet.

Die Untersuchung beruht auf der Analyse von 90 Adoptionsbegehren, die letztes Jahr innerhalb von acht Tagen beim *Generalprokurator der Nation* eingegangen sind. Von diesen 90 Fällen waren bloss zwei juristisch korrekt, bei allen andern wurden Unregelmässigkeiten festgestellt, wie z.B. falsche Adressen oder Unklarheit über die Herkunft der Kinder. 82% der adoptierten Kinder haben vorher in privaten Waisenhäusern gelebt, die oftmals im Besitz derjenigen AnwältInnen sind, die auch die Adoptionsverfahren betreuen. 80% der Kinder werden im Alter zwischen null und achtzehn Monaten adoptiert.

Gemäss Víctor Hugo Godoy von COPREDEH ist das Ziel der Untersuchung nicht, Verfahren gegen einzelne AnwältInnen einzuleiten, sondern ein entsprechendes Klima zu schaffen, um den Entwurf für ein neues Adoptionsgesetz zu diskutieren.

Die Studie bemängelt, dass es oftmals sehr lange dauert, bis ein Gericht

ein Kind als 'Findelkind' deklariert und zur Adoption frei gibt. Insgesamt leben 25'000 solche Kinder in den rund 300 guatemaltekeischen Waisenhäusern. Diese Kinder würden aber selten bei einer Adoption berücksichtigt, da es oftmals einfacher sei, eine solche nicht auf dem institutionellem Wege durchzuführen.

Schliesslich rät die Studie zur Verabschiedung eines Adoptionsgesetzes (ein entsprechender Gesetzesvorschlag wurde schon vor bald einem Jahr von der ANN-Abgeordneten Nineth Montenegro eingereicht, verschwand jedoch in den Schubladen des Kongresses) und die Unterzeichnung der Konvention von Den Haag.

Auch werden Massnahmen zur Kontrolle der 'vermeintlichen' Mütter empfohlen, die von den Anwälten dafür bezahlt werden, dass ihre Aussagen glaubwürdig sind. Den biologischen Müttern werden bis zu 5'000 Quetzales (650 US-\$) geboten, damit sie ihr Kind hergeben.

Drogenbekämpfung erfolglos

Guatemala, 19. Juli. Trotz der Unterstützung US-amerikanischer Truppen bei der Bekämpfung des Drogenhandels sind in den letzten Monaten weniger Drogen beschlagnahmt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dies liess Kritik laut werden an der gemeinsamen Aktion und über die Ineffizienz der Drogen-Spezialeinheit der guatemaltekeischen Polizei (DOAN). Die Aktion sei von Anfang an zum Scheitern verur-

teilt gewesen, heisst es verschiedentlich.

So konnten denn in den drei Monaten, während denen die gemeinsame Operation dauerte, knapp drei Kilo Kokain beschlagnahmt werden.

In der Zwischenzeit wurden die US-amerikanischen Truppen und Helikopter aus Guatemala abgezogen und nach Kolumbien geschickt. Begründet wurde dieser Schritt mit einer 'Umverteilung der Hilfsmittel'.

Die Botschafterin der Vereinigten Staaten in Guatemala, Prudence Bushnell, versprach aber weiterhin logistische und finanzielle Unterstützung bei der Drogenbekämpfung.

Von den zugesicherten 2 Millionen US-\$ sollen laut Vizepräsident Francisco Reyes López ein Achtel für Aufklärungs- und Präventionsarbeit eingesetzt werden, der Rest für die direkte Bekämpfung des Drogenhandels.